

Die Antisemitismus-Debatte:

Antifaschistischer Wahlkampf

1.

Jürgen W. Möllemann hat ein „Tabu“ gebrochen, das in Deutschland seit dem Ende des 2. Weltkriegs gilt: Als Deutscher darf man – wegen Holocaust – Israel nicht kritisieren. Mit der Anerkennung der moralischen Schuld des Vorgängerstaats an der Judenverfolgung hat Deutschland diplomatisch die Eintrittskarte in den Kreis der „anständigen“ Nationen zurück-erhalten. Von den deutschen Bürgern ist seitdem verlangt, dass sie akzeptieren, dass eine Kritik an Israel dem nationalen Standpunkt Deutschlands zuwiderläuft. Weil unter Hitler die Juden verfolgt und umgebracht wurden, sollen gute Deutsche sich dafür schämen, dass der Vorgängerstaat alle jüdischen Menschen vom Kind bis zum Greis als Feinde Deutschlands verfolgt hat, und ihre geläuterte Gesinnung in der unerschütterlichen Freundschaft zum Staat Israel beweisen. „Als Deutscher“ hat man daher jede sachliche Beurteilung dessen, was der Zweck dieses Staates ist und was er anrichtet, zu unterlassen. Verlangt ist also von jedem Deutschen nichts weniger als eine neue Sorte *Rassismus* in Bezug auf die Juden, aber mit *umgekehrten Vorzeichen*: Aus der zufälligen Eigenschaft von Menschen, in eine Religionsgemeinschaft hineingeboren und als solche Opfer des faschistischen Staates geworden zu sein, soll eine ebenso *grundsätzlich* wie *grundlos* positive Stellung zum jüdischen Staat Israel, der sich als Heimstatt der Überlebenden des Holocaust und ihrer Nachkommen legitimiert, abgeleitet werden. So geht *Rassismus positiv*.

Umgekehrt bedeutete das: Wer auch immer warum auch immer etwas an Israel auszusetzen hatte, wurde mit der Frage konfrontiert, ob er nicht letztlich einen zweiten Holocaust wolle oder ihm nicht zumindest argumentativ den Weg bereite. Ganz so, als ob es nicht zwei Paar Stiefel wären, ob jemand Einwände gegen die Politik des Staates Israel vorbringt, der Krieg gegen die auf dem von ihm beanspruchten Territorium lebenden Palästinenser führt, oder ob er rechtfertigt oder dafür eintritt, dass eine Staatsgewalt wie das Deutsche Reich alle *Juden* ins KZ sperrt, weil er sie für rassistisch minderwertige Volksschädlinge hält. Weil der deutsche Nachkriegsstaat sich und seinen Bürgern den positiven Rassismus des Anti-Antisemitismus verordnet hatte, wurde auch Kritik an Israel *rassistisch interpretiert*, auf den Respekt gegenüber dem „Tabu“ hin abgeklopft und mit dem Verdacht auf „Antisemitismus!“ moralisch in Frage gestellt.

2.

Der Nationalismus in Deutschland, also die Art und Weise, wie die Nation ihre Vorhaben und Taten nach innen und nach außen begründet, der Kanon der Rechte, die in der Nation und gegen ihresgleichen formuliert werden, hatte also in Nachkriegsdeutschland eine widersprüchliche Form. Was andere Nationen ganz selbstverständlich betreiben, hat sich der Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches als Beweis seiner Reue für die Untaten seines Vorgängers bisher versagt: nämlich völlig souverän die moralischen Berufungstitel festzulegen, unter denen die nationalen Vorhaben moralisch in Ordnung gehen, und damit selbst zu bestimmen, was vom nationalen Standpunkt aus als „gut“ und was als „böse“ gilt. Die Redeweise von der „besonderen Verantwortung Deutschlands“ gegenüber dem Staat Israel entnimmt die Maßstäbe für die Begründung politischer Vorhaben nicht umstandslos den aktuellen deutschen Interessen, sondern unterwirft sich einer argumentativen Selbstbeschränkung. Wegen der „unseligen Vergangenheit“ muss sich Deutschland zurückhaltend geben, wenn es anderen Nationen gegenüber *anspruchsvoll* wird.

Dies ist nicht damit zu verwechseln, dass sich Deutschland in seiner Politik wirklich Fesseln angelegt und sich aller außenpolitischen Ansprüche enthalten hätte. Gerade *mit* dieser diplomatisch vorgetragenen Büberhaltung ließ sich insbesondere in der jüngsten Vergangen-

heit fein Politik machen. War erst einmal das billige Schuldeingeständnis in der Judenfrage erledigt, so war jedes deutsche Programm moralisch gereinigt und unbezweifelbar gut. Auch der aktuelle deutsche Außenminister Fischer beherrscht diese Technik:

„Für mich gibt es zwei Konsequenzen aus der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts: Nie wieder Krieg! Und: Nie wieder Auschwitz! Das eine heißt, dass Deutschland nie wieder andere Völker überfallen und unterdrücken darf. Und: Nie wieder Auschwitz! ist die historische Mahnung, einen Völkermord oder eine Politik, die dorthin führt, nicht zu akzeptieren.“

Diese Logik ist bemerkenswert: Gerade weil „wir Deutsche“ andere Völker überfallen und unterdrückt und einen Völkermord auf dem Gewissen, das aber bereit haben, steht „uns“ das Urteil darüber zu, was ein „Unrechtsregime“ ist, das eine Politik betreibt, der „wir“ mit moralisch einzigartig geschärftem Blick ansehen, dass sie auf einen Völkermord hinausläuft. Aus dem von Hitler-Deutschland angezettelten 2. Weltkrieg folgt also keineswegs mehr, wie in der Läuterungsperiode, dass so etwas für Deutschland nie wieder in Frage kommt. Vielmehr muss man die Parole „Nie wieder Krieg!“ richtig verstehen: „Nie wieder ein moralisch verwerflicher Krieg!“, muss es heißen. So leitet Fischer aus der deutschen „Schuld“ und Läuterung glatt die Kompetenz ab zu beurteilen, wer von den staatsgründenden und daher „ethnisch säubernden“ Kriegsherren auf dem Balkan der „Völkermörder“ ist, der zu einem „neuen Faschismus“ unterwegs ist. Mit der Kennzeichnung von Milosevic als Verbrecher steht für einen deutschen Außenminister automatisch fest, dass Deutschland – als ehemaliges größtes Verbrecher-Regime der Menschheitsgeschichte – aufgerufen ist, sich am Feldzug gegen Serbien zu beteiligen. Dieser Feldzug geht moralisch in Ordnung, weil deutsche Truppen nicht zum Völker-Unterdrücken, sondern zu deren *Befreiung* ausrücken. Dass man den Serben zu ihrer Befreiung einen wochenlangen Bombenhagel servieren muss, ist der leider unumgängliche Kollateralschaden.

Gleichzeitig erledigt Fischer damit auch nach innen eine gewichtige Klarstellung: Wer sich in Deutschland als antifaschistisch und friedensbewegt versteht, so seine Logik, der muss auch einen deutschen Krieg gutheißen, wenn er als Feldzug gegen Menschenrechtsverletzungen im Kosovo geführt wird – andernfalls zieht er sich den Vorwurf zu, „einem neuen Faschismus“ Vorschub zu leisten, indem er Deutschland mit der Berufung auf dessen alte Schuld bei seinen weltweiten Menschenrechtsmissionen Fesseln anlegt.

3.

Ein anderer deutscher Patriot und Vorsitzender der Deutsch-Arabischen Gesellschaft (D-A-G), Jürgen W. Möllemann, hält solche kunstvoll verheuchelten Argumentationsfiguren einfach für überholt: Das hat ein Politiker im wiedervereinigten Deutschland anno 2002 doch nicht mehr nötig, sich erst einmal moralische Verzerrungen abzurechnen, bevor er sagt, was Deutschland in der Welt zu erledigen hat. Es ist Möllemann ein Gräueltat, dass er sich seine Maßstäbe für Kritik in Sachen Israel vom Zentralrat der Juden vorschreiben lassen soll. Also hat er anlässlich des diesjährigen Wahlkampfes einen Angriff auf den deutschen Positiv-Rassismus, die Gleichsetzung jeder Kritik an Israel mit Judenfeindlichkeit, gestartet. Gegen die ansonsten in der Öffentlichkeit gebotenen Beurteilungen, Israel nehme mit seinem Krieg gegen die Palästinenser nur sein „Recht auf Selbstverteidigung“ gegen den Terrorismus wahr, rechtfertigt er palästinensische Selbstmordattentate in Israel:

„Ich würde mich auch wehren, und zwar mit Gewalt ... Und ich würde das nicht nur im eigenen Land tun, sondern auch im Land des Aggressors.“ Worin liegt eigentlich der Reiz dieser Provokation? Will Möllemann wirklich eine Diskussion über Israel anzetteln? – Nein, er nimmt

seine Kritik an der Politik Israels zum Anlass und Ausgangspunkt, ein ganz anderes Thema aufzumachen: Man muss doch als deutscher Politiker noch frei sagen *dürfen*, was man denkt! Er will sich, gerade „als freier Demokrat“, sein Recht auf Kritik an Israel nicht nehmen lassen. Ihn stört es, dass ein Repräsentant der deutschen Nation sich immer noch vom Hitler-Faschismus mit unverbrüchlicher Treue zu Israel reinwaschen soll.

Dabei weiß er als jahrzehntlanges Mitglied der politischen Kaste Deutschlands ganz genau, was er lostritt, wenn er solche Äußerungen tut. Sein kalkulierter Verstoß gegen die gültigen politischen Sitten nimmt den Widerspruch am deutschen postfaschistischen Nationalismus aufs Korn, der Maß und Ziel deutscher Politik nicht schlicht aus *deutschen* politischen Interessen heraus begründet, sondern dazu immer eine Verbeugung vor den Opfern seines Vorgängerstaates macht. Und er spekuliert damit natürlich auf die Stimmen von nationalistischen Wählern, die wie er den Vorbehalt gegen Kritik an der israelischen Politik für „Leisetreterei“ und eine Schwäche Deutschlands halten.

Dieser „Tabubruch“ trägt ihm seitens des Zentralrats der Juden erwartungsgemäß den Vorwurf des Antisemitismus ein, und dies nimmt Möllemann nun zum Anlass für eine gezielte Eskalation:

„Ich fürchte, dass kaum jemand den Antisemiten ... mehr Zulauf verschafft als Herr Scharon und in Deutschland Herr Friedman mit seiner intoleranten und gehässigen Art.“

gibt er zu Protokoll. So reden wirklich nur Rassisten daher: Man kann ja den TV-Journa-

listen Michel Friedman, der auch noch Vizevorsitzender des Zentralrats der Juden ist, für gehässig halten, aber wie kommt Möllemann darauf, dass das Verhalten eines einzelnen den Schluss auf das Verhalten aller Menschen seiner sozialen Gruppe nahe legt? Und wenn schon, warum wirft das in den Augen von Möllemann und der Deutschen, die wegen Friedman dem Antisemitismus zulaufen, ein schlechtes Licht auf – nicht alle *Journalisten*, sondern – alle *Juden*? Nur Rassisten sehen in einem Menschen jüdischen Glaubens vor allem anderen, was er sonst noch ist, *den* Juden und kreiden ihm alles, was sie an ihm nicht leiden können, als Ausfluss einer angeblichen „jüdischen Natur“ an. Das kann man auch noch heuchlerisch so formulieren, dass er damit vor allem *seiner* – jüdischen – Sache schade. Also soll Friedman sein Maul halten, wenn er nicht seine jüdischen Glaubensbrüder in Misskredit bringen will. Denn auch das gehört zum Standardrepertoire des toleranten und höflichen Meinungs austausches von gelernten Demokraten wie Möllemann, wenn sie jemandem das Maul stopfen wollen: Er schade sich selbst und v.a. seinesgleichen, wenn er es aufmacht. Diese Sudellogik, derzufolge es letztlich an den Opfern selber liegt, wenn sie Unannehmlichkeiten kriegen, kennt man schon von Schröder bis Schäuble. So wissen z. B. alle Verantwortungsträger und Meinungsproduzenten vom Kanzler bis zum Leitartikler in Deutschland, dass zu *vielen* Fremdstämmige auf deutschem Boden bei vielen guten Deutschen zwangsläufig Fremdenfeindlichkeit hervorrufen. Deswe-

Fortsetzung Seite 4, Spalte 2 Mitte

Die marktwirtschaftliche Lehre aus dem Nitrofen-Skandal:

Lebensgefährliche Lebensmittel – niemals die Regel, immer die Ausnahme!

Anlässlich der jüngsten Nitrofen-Affäre fragt die Bild-Zeitung die Verbraucherministerin: „Frau Künast, gehört auf Lebensmittel künftig statt Ökosiegel ein Warnhinweis: Essen gefährdet Ihre Gesundheit?“ (29.5.)

Das ist doch mal eine gute Frage, auf die man mit einem einfachen und klaren ‚Ja‘ antworten kann. Mit einem kleinen Zusatz: im Kapitalismus. Schließlich ist es kein Rätsel, warum Nitrofen in den Weizen kommt: Es steigert den *kapitalistischen* Nährwert dieses Nahrungsmittels. Das Getreide ist unempfindlicher gegen Schädlinge, wächst schneller oder verdirbt weniger schnell – kurz: Das Gift steigert die Erträge des *Geschäfts* mit der Lebensmittelproduktion. Um einen kleinen Preis – die Vergiftung von Flora und Fauna sowie der Konsumenten gehört mit dazu. Wenn der ganze Zweck der Nahrungsmittelproduktion darin liegt, die Lebensmittel als Ware für den profitablen Verkauf herzustellen, dann hat die Verträglichkeit der Konsumgüter zurückzustehen. Und wenn die Agrarunternehmer an der durch ihre eigene Gewinnrechnung erzeugten, systematischen Belastung der Lebensmittel der Leute etwas stört, dann bloß eines: Wenn die Sache *auffliegt*, vergeht den Konsumenten eine Zeitlang der Appetit. Der neueste „Fall“ Nitrofen stellt also ungeachtet seiner vorläufigen Auflösung als letztendlicher Altlast der DDR keine *Ausnahme* dar, vielmehr *hat* die Sache System und sie *gehört* zum System – dem kapitalistischen nämlich, das nach eben diesen Prinzipien funktioniert.

Wenn die „Süddeutsche Zeitung“ fordert, nun sei „Entseuchung angesagt ... an den Lagerstätten, aber auch juristisch und politisch“, dann steht auch schon fest: Nach der „Abwicklung“ von Nitrofen wird sich der nächste Lebensmittelskandal nicht vermeiden lassen können. Das wird einem ja auch immer wieder illusionslos mitgeteilt, z. B. im aktuellen Fall, wo uns ein niedersächsischer Staatssekretär über „Problemstoffe“ aufklärt:

„Es gibt einen EU-Katalog, in dem detailliert festgeschrieben ist, auf welche Stoffe Lebensmittel untersucht werden müssen. Nitrofen gehört nicht dazu. Es ist unmöglich, jeden denkbaren Problemstoff zu untersuchen, das würde endlosen Laboraufwand erfordern.“ (ebd.)

Damit ist schon mal die staatliche Gewissheit

ausgesprochen, dass im Prinzip *jeder* Dreck in Lebensmitteln sein könnte. Wollte der Staat „jeden denkbaren Problemstoff“ ausschließen, so käme es deswegen zu einem „endlosen Laboraufwand“. Im Klartext: Dann könnte überhaupt nicht mehr nach kapitalistischen Maßstäben produziert werden.

Auf die Idee, dass also das gesamte kapitalistische System eine einzige Anhäufung von „Problemstoffen“ ist und man einen solchen Dreckhaufen am besten wegwirft, darf man deswegen aber nicht kommen. Vielmehr soll man sich den Kopf über das Problem zerbrechen, ob der *Staat* diese systemnotwendige Begleiterscheinung auch ordentlich *im Griff behält*. Der „EU-Katalog“ ist „detailliert“ – aber ist er auch „detailliert“ genug? Oder anders: Wie steht es mit der staatlichen *Kontrolle*? Um nichts anderes geht es auch der Bild-Zeitung mit dem provozierend gemeinten Warnhinweis „Essen gefährdet ihre Gesundheit“: Die große Zeitung ist ja nicht plötzlich *systemkritisch* geworden, vielmehr fragt sie wie immer kritisch beim *Staat* nach, ob nicht *ihm* vielleicht ein *Versäumnis* unterlaufen ist. Wenn sie ihr Interview mit Frau Künast unter die Überschrift stellt „Brauchen wir eine Lebensmittel-Polizei?“, käme ihr nie in den Sinn, diesen schönen Einfall für eine neue Behörde mit der *Ab-schaffung* der Vergiftung zu verwechseln – Verbote unterstellen schließlich eine *gängige Praxis*, die wegen der Verbote *nicht* aufhört, sondern kontrolliertermaßen fortgesetzt werden soll. Vielmehr fragt die Zeitung nach, ob der Staat auf den drastischen Fall nicht mit noch drastischeren Maßnahmen *reagieren* müsste. Da beruhigt die Verbraucherministerin erst einmal und wartet mit einer „guten Nachricht“ auf:

„Die gute Nachricht: Nur wenn gesucht wird, wird gefunden und wir können die Verbraucher schützen.“

Also noch einmal die höchstamtliche Bestätigung: Das giftige Zeug ist allüberall unterwegs – das staatliche Bedürfnis nach dem ‚Suchen‘, hat ja seine Grundlage darin, dass es auch allerhand zu ‚finden‘ gibt. Einem aufmerksamen „Verbraucher“ könnte ja nun auffallen, dass die große Zahl der Verbote wenig vertrauens-

Fortsetzung Seite 3, Spalte 3 oben

Kritik der bürgerlichen Wissenschaft Markt und Preis in der VWL

Auf keine Errungenschaft dieser Wirtschaft sind Wirtschaftswissenschaftler so stolz wie auf den „Marktmechanismus“. Mit der Konstruktion des Schnittpunktes zweier Geraden und der Interpretation dieses Kunstwerks begründen sie wissenschaftlich ihre gute Meinung über die Marktwirtschaft: keine vom Staat gelenkte Entscheidung, freie Konsumwahl, persönliche Freiheit, Effizienz und Wohlfahrt usw. Diese Ideologie führen sie über Fragestellungen ein, die sie als Grundprobleme jeder Wirtschaft verstanden wissen wollen, um dann den Marktmechanismus als beste Lösung zu präsentieren.

„Die Aktivität von Millionen von Wirtschaftssubjekten koordinieren“ – ein Scheinproblem als Einstieg

„Das Kernproblem besteht in der Frage, wie die wirtschaftliche Aktivität von Millionen von Wirtschaftssubjekten so koordiniert werden kann, dass der institutionelle, zeitlich und räumlich getrennt ablaufende, arbeitsteilige und hochspezialisierte Wirtschaftsprozess nicht nur möglichst reibungslos funktioniert, sondern auch möglichst effizient ist.“ (Lampert, Die Wirtschafts- und Sozialordnung, S. 24)

Mittels einer falschen Abstraktion erzeugt LAMPERT hier das beabsichtigte Erstaunen. Er sieht zielstrebig von allem Inhalt der „Aktivitäten“, die er sehr wohl kennt, ab und sieht in ihnen nur noch eine sehr große Zahl, um sich dann die scheinbar praktische Frage zu stellen, wie diese Vielen wohl reibungslos und effektiv zusammenpassen konnten, wo sie doch so viele sind.

Die näheren Spezifikationen, von denen er sich jede Menge einfallen lässt, um die Schwierigkeit aufzuplustern und um Koordinationsbedarf in die Welt zu setzen, belegen allesamt das Gegenteil. Der „Wirtschaftsprozess“ ist „arbeitsteilig“, ja sogar „hoch spezialisiert“. Denken soll man sich dabei, dass alle Leute etwas Verschiedenes machen, jeder wurschtelt vor sich hin und entfaltet seine höchst eigene wirtschaftliche Aktivität, deretwegen man sich als nächstes fragen soll, wie diese Zersplitterung wieder sinnvoll zusammenzufassen, also zu koordinieren wäre. Bloß: Wenn zwei sich eine Arbeit aufteilen, dann sind ihre Tätigkeiten von Anfang an zusammenhängende Arbeiten, die deshalb auch nicht extra koordiniert zu werden brauchen. So blöd, dass der eine auf Geratewohl dieses oder jenes macht, ist nun wirklich niemand.

Und überhaupt: Dass die Tätigkeiten zeitlich und räumlich getrennt ablaufen, ist ja wohl eine Selbstverständlichkeit und keine Quelle weiterer Schwierigkeiten. Wäre es wirklich einfacher, alles zur selben Zeit und am selben Ort abzuwickeln? Auf solche Einfälle kommen nur Leute, die „möglichst effizient“ für eine Steigerung von „möglichst reibungslos“ halten.

„Abstimmung zwischen Produktion und Bedarf durch den Preis“ – der Preis leistet ganz unmögliche Dienste

Scheinbar näher am ökonomischen Geschehen als der vorherige Ökonom, der die große Zahl von Wirtschaftssubjekten für ein Argument hält, bewegt sich der Ökonomieprofessor GAHLEN, wenn er von Produktion und Bedarf spricht:

„Die Abstimmung der Produktion mit dem Bedarf oder den Wünschen anderer Wirtschaftssubjekte erfordert also einen dauerhaften allseitigen Informationsaustausch. Dabei kann die Information verschieden sein: Anweisung einer zentralen Planbehörde, langfristig gesicherte Aufträge eines Großabnehmers oder Marktpreise. Irgendeine Regelung des Informationsflusses benötigt jedoch jedes Wirtschaftssystem.“ (Gahlen u.a., Volkswirtschaftslehre, S. 25).

Zwischen Produktion und Bedarf gibt es nichts abzustimmen: Wenn der Zweck der Produktion die Befriedigung des Bedarfs sein soll, dann folgt auf die Feststellung der Bedürfnisse die Erzeugung der Güter, die sich zu ihrer Befriedigung eignen. Allenfalls können einige der gewünschten Gebrauchswerte nicht oder nicht in ausreichender Menge hergestellt werden. Mittel, hier: Produktion, und Zweck, hier: Bedürfnisbefriedigung, verhalten sich nicht wie zwei Pole zueinander, die einander anzugleichen wären. Die Eigenart von Mittel und Zweck ist es, dass das Mittel dem Zweck untergeordnet ist.

Andererseits: Wenn man sich vorstellen wollte, dass die Produktion ein anderes Ziel verfolgt als die Erfüllung der Wünsche, welche die Leute haben, bleibt Bedürfnisbefriedigung ein frommer Wunsch. Der Bereich, der die Mittel zur Versorgung mit Gütern für alle zur

Verfügung stellen könnte, gehorcht ja erklärtermaßen einem anderen Zweck. Es ist ein Widerspruch, der Produktion einen von Bedürfnisbefriedigung verschiedenen Zweck zuzuschreiben, und dann zu fordern, dass die Produktion dabei aber die Wünsche zufrieden zu stellen habe.

Wenn Volkswirtschaftslehrer Produktion und Bedarf dauerhaft aufeinander abstimmen wollen, geben sie kund, dass ihnen die einfachen Bestimmungen von Produktion und Bedarf egal sind. Sie haben Höheres im Sinn: Produktion und Bedarf sind von vornherein zurechtdefiniert als Pole eines Abstimmungsproblems. Als solche Pole kennen Volkswirte einen grenzenlosen Bedarf und daran gemessen immer beschränkte Produktionsmöglichkeiten (zur Konstruktion dieses Knappheitsproblems siehe SHZ Nr.1, April 2002).

Nun argumentieren sie: Weil Produktion und Bedarf nicht zueinander passen, müssen sie passend gemacht werden. Wieso denn? Es handelt sich bei der vorgeführten Begründung um keinen Schluss. Das „müssen“ verdankt sich lediglich einer moralischen Forderung. Das Gemälde eines Missverhältnisses zwischen Produktion und Bedarf ist nur deshalb gezeichnet, um das Anliegen Koordination ins rechte Licht zu rücken.

Die Lösung des erfundenen Koordinationsproblems soll ein „allseitiger Informationsaustausch“ zwischen Produktion und Bedarf sein. Alle drei angeführten Varianten zeichnen sich allerdings nicht durch Information und deren Austausch aus:

- Fall 1: Das Wesentliche an der Anweisung einer zentralen Planbehörde ist nicht, dass eine Institution die andere informiert, sondern sie auf ein bestimmtes Tun verpflichtet. Wo der Ökonom einen Informationsaustausch entdeckt, liegt das Verhältnis von Anweisung und Ausführung vor.
- Fall 2: Wenn ein Unternehmer einem anderen einen Auftrag erteilt, kommt es ebenfalls nicht darauf an, dass Mitteilungen hin- und herwechseln, sondern darauf, welchen Inhalt diese haben. An den Konditionen, die sich die Vertragspartner einräumen, entscheidet sich nämlich das Geschäft. Nicht auf Information haben sie es abgesehen, sondern auf den in Heller und Pfennig zählbaren Vorteil. Dieser besteht für den Auftragnehmer im möglichst großen Erlös für seine verkauften Produkte, für den Auftraggeber im billigen Einkauf von Produktionsmitteln oder Handelsartikeln. Der Ökonom hat es auf die Sicht dieses Auftrags als Informationsaustausch abgesehen.

- Fall 3: Der Preis. Hätten Sie's gewusst, dass auch der Preis Informationsaustausch ist? Der Preis ist die Information, was produziert und was konsumiert werden soll. Der Regen sagt dem Gras, dass es wachsen soll. Information ist nicht die Allgemeinheit von Preis und Regen. Auf den Einfall, dass Preis und Regen „Information“ sind, kommt man anders als durch die Analyse der Sachen. Der Trick, dem Preis die Informationsfunktion anzuhängen, funktioniert wie folgt: Man definiere einen Dienst, den die Information alias Regelung zu leisten habe: die Koordination von Produktion und Bedarf. Man suche zweitens einen Gegenstand, dem man diese Informationsaufgabe zuschreiben will. Der Wahrheitsbeweis braucht nicht angetreten zu werden; denn ist nicht die Existenz des Gegenstandes Beweis genug, dass es sich so verhält? Wozu bräuchte es denn sonst einen Preis? Als Quasibeweis entfaltet man eine ganze Sichtweise des Preises als Koordinationsmechanismus zwischen Produktion und Bedarf; das so entworfene Bild des Preises ersetzt die Beschäftigung mit dem Faktum Preis. Nur die Wörter erinnern noch an die ökonomischen Gegenstände, und bei der Wortwahl ist Sorgfalt geboten.

„Angebot und Nachfrage“ – die Konstruktion von orientierungslosen Angebots- und Nachfragewillen

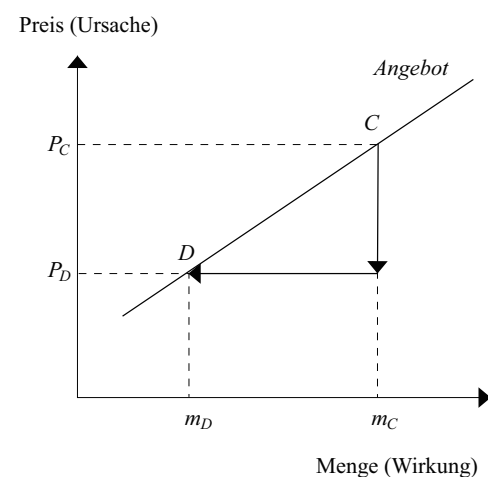
Dass es bei dem durch den Marktpreis zu lösenden Abstimmungsproblem um Bedürfnis im Sinne eines Wunsches und um Produktion im Sinne eines Produktionsverfahrens ginge, dementiert ein anderer Ökonom, wenn er vom selben Abstimmungsproblem als Abstimmung zwischen Angebot und Nachfrage handelt:

„In jeder Volkswirtschaft ist unabhängig von der bestehenden Wirtschaftsordnung die Frage zu lösen, auf welche Weise eine Abstimmung zwischen Angebot und Nachfrage herbeigeführt werden soll (volkswirtschaftliches Koordinationsproblem). In marktwirtschaftlich ausgerichteten Volkswirtschaften erfolgt diese Koordination durch den Preismechanismus.“ (Henrichsmeyer u.a., Einführung in die Volkswirtschaftslehre, S. 21)

Ökonomen wollen sich Angebot (= Produktion) und Nachfrage (= Bedarf) als zwei auf Gütermengen gerichtete Interessen vorstellen, die es einander anzupassen gilt – immer und überall: A hat etwas für B (= Angebot), B will etwas von A (= Nachfrage). Die gewollte Namensgleichheit mit Angebot und Nachfrage, die es gibt, sollte nicht dazu verleiten, diese mit dem wirklichen Angebot und der wirklichen Nachfrage zu identifizieren. Nicht „Mengen“, sondern Waren werden da angeboten und nachgefragt. Dabei ist der Preis weder ein Mechanismus zur Koordination noch ein Bestimmungsfaktor für Angebots- und Nachfragemengen. Auf dem wirklichen Markt macht der Preis den Inhalt von Angebot und Nachfrage aus. Der Anbieter will einen Preis erzielen, der als Mittel der Vermehrung seines Eigentums taugt. Der Nachfrager muss den geforderten Preis entrichten, um an einen Gegenstand des Bedürfnisses oder an ein Produktionsmittel heranzukommen.

Während der Preis für den Anbieter die Instanz ist, welche die Transaktion zum Geschäft macht, ist für den Nachfrager der Preis entweder die Besiegelung seiner Armut oder Vorschuss für ein Geschäft. Im VWL-Konzept dagegen soll der Preis die Aufgabe erfüllen, zwei Mengenpläne miteinander abzustimmen. Die Demonstration dieser Leistung des Preises verlangt vom Ökonomen noch einige gedankliche Bocksprünge.

Wenn man frank und frei „unabhängig von jeder bestehenden Wirtschaftsordnung“ ein Mengenabstimmungsproblem erfindet (das es weder in einer Planwirtschaft noch im Kapitalismus gibt), dann hat man damit zwei Pole erfunden, genannt Angebot und Nachfrage, die zusammenpassen sollen. Das Geheimnis ist, wie sie passend werden sollen, wenn sie nicht zueinander passen? Letzteres ist wohl bei dem Problem vorausgesetzt.



Anbieter und Nachfrager – zwei ökonomische Subjekte, deren Willen sich in gänzlich flexiblen Preis-Mengen-Kombinationen austoben dürfen.

„Das Angebotsgesetz besagt, dass normalerweise die angebotene Menge eines Gutes desto größer ist, je höher der Preis dieses Gutes ist. Sinkt der Preis, so sinkt auch die angebotene Menge (und umgekehrt). Das Nachfragegesetz besagt, dass normalerweise die nachgefragte Menge eines Gutes desto kleiner ist, je höher der Preis dieses Gutes ist. Sinkt der Preis, so steigt die nachgefragte Menge (und umgekehrt)“ (Bartling-Luzius, S. 57/58).

Was will also der Nachfrager, folgt man dem „Nachfragegesetz“? Sein Interesse wird auf der fallenden Kurve abgebildet, wo unterschiedliche Preise zu unterschiedlichen Mengen gesetzt werden: Ihm sind kleine Mengen des „Guts“ mit hohem Preis genauso recht, wie

große Mengen bei niedrigem Preis. Beim Anbieter nicht minder absurd, nur umgekehrt.

Die Interessen von Anbieter und Nachfrager sind hier in dem Widerspruch gefasst, in der Funktion von Preis und Menge gar nichts Bestimmtes zu wollen. Alle Kombinationen, sofern sie auf den jeweiligen Kurven liegen, sind beiden gleichwertig. So kommt man allerdings zu dem Ziel, das Ausgangspunkt des ganzen wissenschaftlichen Treibens war: *Abstimmung* und *Koordination*. Man hat ja passend zum Problem der Koordination *abstimmungsbereite Charaktere* erfunden.

Bei der angenommenen Gegenläufigkeit der Beziehungen schneiden sich die Kurven justament in einem Punkt und schon ist die Erfüllung der Interessen beider erreicht:

„Man sagt daher auch, der ‚Markt-‘, ‚Preis- oder Konkurrenzmechanismus‘ koordiniere die Wirtschaftspläne. Der Preis spielt sich am Markt so ein, dass die mit diesem Preis verbundenen Angebots- und Nachfragemengen die Pläne und Erwartungen der Anbieter und Nachfrager erfüllen, die diesen Preis akzeptieren (!). Da zu diesem Preis die am Markt angebotene (geplante) Menge eines Gutes genau mit der von den Nachfragern geplanten Menge übereinstimmt ... spricht man vom Marktgleichgewicht.“ (Henrichsmeyer, S. 61)

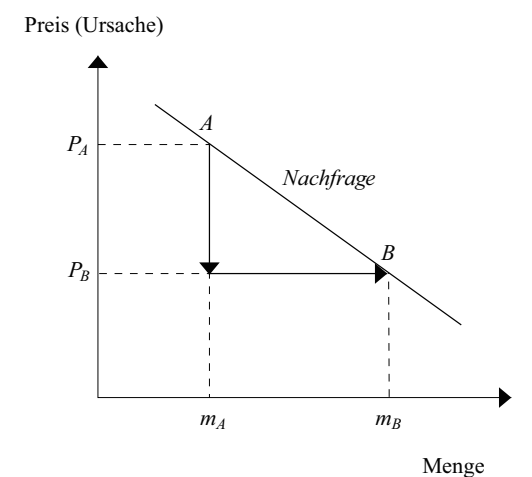
„Gleichgewicht“: eine Leistung des „Preises“, die sich allerdings weniger dem Preis als vielmehr dem Bedürfnis des Ökonomen nach Harmonie verdankt. Wenn die beiden Parteien auf dem Markt, Angebot und Nachfrage, als kriterienlose flexible Preis/Mengen-Funktionen konstruiert wurden, ist es billig, einen Punkt der Gemeinsamkeit von ihnen zu finden.

„Gleichgewicht“ – die „Leistung des Preises“, unglaublich ausgemalt

Der Gleichgewichtspreis „bildet“ sich also durch Angebot und Nachfrage *und* (!) bringt beide so zur Übereinstimmung, dass weder Anbieter noch Nachfrager Anlass haben, ihr Verhalten zu ändern. Zusammen mit dem logisch recht zweifelhaften „und“ haben die Volkswirte in ihrer Ableitung vier Behauptungen vorgetragen, die man redlicher Weise nicht nebeneinander stehen lassen kann:

- Der gegebene Preis bestimmt durch seine Höhe die nachgefragte Menge;
- ebenso bestimmt der Preis die Angebotsmenge;
- die beiden *preisbestimmten* Größen, Angebot und Nachfrage, bestimmen jetzt ihrerseits den Preis, der dann „Gleichgewichtspreis“ heißt;
- dieser Preis bringt die ihn hervorbringenden Größen zur Deckung.

Das ist zweckmäßig unlogisch. Zuerst denkt sich der Volkswirt zu *einem* Austausch, nämlich zum *vorgefundenen* Preis, viele *mögliche*, also unwirkliche Preise *dazu*, zu denen



gerade nicht ausgetauscht wurde – nicht ohne die ebenso dazu erfundene Erklärung „für Anbieter oder Nachfrager zu teuer resp. zu billig“, denn schließlich sollte es ja der Preis sein, der die Mengen festlegt. Dann „bildet“ sich durch den Austausch zu dem Preis der Preis und bringt dadurch als *seine*

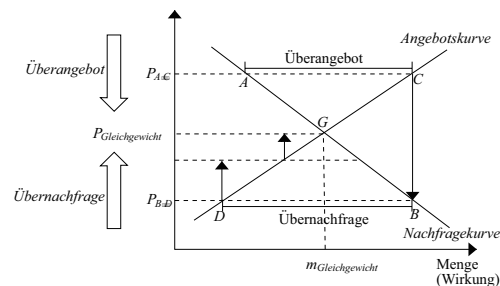
Fortsetzung Seite 3 Spalte 1

**Sozialistische Gruppe
Erlangen-Nürnberg (SG)**
c/o Sprecherrat, Turnstr.7, Erlangen
www.sozialistischegruppe.de
E.i.S.; V.i.S.d.P.: E.Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen

MARKT UND PREIS IN DER VWL

Fortsetzung von Seite 2, Spalte 4 unten

Leistung – als „Gleichgewichtspreis“ – das hervor, was der Ausgangspunkt war, um den der Ökonom das ganze Modell herum gebastelt hat: Austausch zu einem bestimmten Preis. Der wird jetzt aber versehen mit dem Pleonasmus, Angebot und Nachfrage seien „ausgeglichen“. Als könnte irgendein Händewechsel – Austausch wie Geschenk – sich nach Geben und Nehmen quantitativ unterscheiden. Die mit der Tautologie „begründete“ Ideologie, der Preis habe die Koordination so hingebracht, dass es – zu dem Preis (!) – weder Überschussnachfrage noch unabsetzbare Mengen gebe, ist theoretischer Betrug. Und zwar auch dann, wenn man sich obigen Fehler als bloß „statisches Modell“ „dynamisch“ vervollkommnet:



Der Preismechanismus funktioniert: Gleichgewichtspreis und Markt-räumung liefern den „Beweis“.

„Gleichgewichtspreis“ und Markt-räumung – „dynamisch“

„In der Theorie der Marktpreisbildung wird nun vorausgesetzt, dass sich am Markt bei einer Überschussnachfrage eine Erhöhung der Preise einstellt und bei einem Überschussangebot eine Senkung des Preises, so dass am Ende der Gleichgewichtspreis erreicht wird ... bei dem die größtmögliche Menge von Anbietern und Nachfragern zum Zuge kommt“ (Neumann, Theoretische Volkswirtschaftslehre).

Vielleicht sollte man aber diese wundersame Wirkung des Preises nicht einfach „voraussetzen“. Immerhin erfährt man in der Regel auf wirklichen Märkten das glatte Gegenteil: seit wann hat denn ein Überangebot die Konsequenz, dass die Preise immer weiter gesenkt werden, bis das Zeug alles verkauft wird? Wo der Unternehmer für unverkäufliche Waren immerhin drei Alternativen hat – Sommerchlussverkauf, Einlagern oder Vernichten – kennt der Volkswirt nur den idealisierten Sommerchlussverkauf: alles muss umgesetzt werden, der Preis spielt keine Rolle. Wo der Kapitalist je nachdem, welche Freiheit ihm die gegläckten Umsätze lassen – Autohalden kosten dem VW-Werk Geld, das es offenbar mit den losgeschlagenen Golfs eingefahren hat; im Preis von Kleidung ist die Unverkäuflichkeit eines Teils der Saisonware antizipiert, so dass nach Ablauf der Saison der Absatz unter dem Einkaufspreis als Alternative zum Wegwerfen noch einen Zusatzprofit abwirft – wo also der echte Kapitalist am Maßstab des bereits erzielten und noch erzielbaren Profits recht undogmatisch mit seinem „Angebot“ umspringt, ersetzt der Volkswirt wieder mal die Betrachtung der Sache durch die seiner Konstruktion: Er fällt in seiner Grafik ein Lot vom Preis-Mengen-Punkt (C) der Angebotskurve auf die Nachfragekurve.

Dabei ist ihm auch nicht unbekannt, dass die kapitalistische Produktion ihren Ausstoß nicht nach dem plant, was an Wünschen oder auch an Zahlungsfähigkeit in der Gesellschaft da ist. Wer von einem „Überangebot“ und einer „Übernachfrage“ als den „Problemen“ ausgeht, die der Preis dauernd lösen soll, der weiß, dass die Unternehmer eine Preiskalkulation machen, die keinesfalls die unbedingte Veräußerlichkeit des Produkts zur Richtschnur hat. Wenn man aber davon ausgeht, dass die Anbieter den Preis ihres Produkts nicht anhand des Bedarfs und der Zahlungsfähigkeit des Publikums bestimmen, dann darf man nicht das genaue Gegenteil als „Tendenz“ annehmen: dass die „Anbieter“ bei einem „Überangebot“ ihren Preis solange senken, bis alles verkauft ist und alles ausgeht. Wenn die Anbieter nämlich bei einem Überschussangebot zu jeder Preissenkung bereit sind, dann hätten sie sich doch gleich vorher erkundigen können, was die Kundschaft wünscht und zu zahlen bereit ist!? Und warum sollte umgekehrt bei einer Preissenkung die Kundschaft, egal was sie braucht, immer mehr kaufen, nur um die Produzenten nicht auf Ladenhütern sitzen zu lassen? Da

muss man sich ja auf einmal die „Markt-räumung“ als das Interesse der Anbieter und Nachfrager vorstellen. Dann wird aber unerfindlich, wozu es dann einen „Preismechanismus“ braucht, der doch gerade eine Harmonie zwischen beiden herstellen soll, obwohl keiner sie als Zweck verfolgt. Wenn so die „Markt-räumung“ als Randbedingung vorausgesetzt ist, dann ist die Koordination als Preisfunktion ja wohl dazugedichtet. Allerdings: Nur so ist die Vorstellung vom Preis als Makler zu haben, der die Wünsche der Menschheit und das Geschäft aufeinander abstimmt. Wo angesichts des staatlich abgesicherten Zwangs, sich über den Kauf zu versorgen, der Preis das Bedürfnis auf die Zahlungsfähigkeit des Bedürftigen zusammenstreicht, damit der Verkauf für den Kapitalisten ein Geschäft ist, verdreht die VWL das recht einseitige Verhältnis zum nützlichen Kompromiss.

GEGENSTANDSPUNKT
Politische Vierteljahresschrift
2-02

- Die amerikanische Militärstrategie für das neue Jahrhundert
Die ganze Welt als potentielle Bedrohung – Selbstverteidigung verlangt totale Kontrolle der Staatenkonkurrenz!
- Israels Unternehmen „Schutzwall“
Ein lizenziertes Antiterrorkrieg
- Rationalisierung und Lohn 2002
Wie das Kapital mit „Flexibilisierung“ seinen Ertrag aus der Lohnarbeit steigert
- Marktkonforme Arbeitsmarktpolitik
Vermitteln statt verwalten!
- China in der WTO
Noch ein „großer Sprung nach vorn“ in der Konkurrenz um kapitalistischen Reichtum und weltpolitische Macht

Einsätze der Bundeswehr: Drangsale des deutschen Militarismus · Vom Zusammenwachsen in Europa: Das ungarische Statusgesetz · Der Streit um die Benes-Dekrete · Wirtschaftssenator Gregor Gysi · Großdemonstrationen und Generalstreik in Italien · Missglückter Putsch in Venezuela · „Wählen ist verkehrt!“
Heute: Frankreich · 16+1 Leichen in Erfurt: Eine „unbegreifliche Tragödie“ und das Umdenken, das dennoch aus ihr folgt · UNO-Konferenz zur „Entwicklungsfinanzierung“ · Deutsch-russische Einigung über Transferrubel · „Serbien-Montenegro“ gegründet: Schon wieder eine Balkan-Krise verhindert · Wer ist der Antideutsche im Land? „Konkret im Krieg“

Deutsche Bürger sind inzwischen daran gewöhnt worden, dass die Zeiten deutscher ‚Scheckbuchdiplomatie‘, der ‚friedlichen Eroberung von Weltmarktpositionen‘ und der ‚sozialstaatlichen Errungenschaften‘ vorbei sind. Was die internationale Konkurrenz angeht, so dreht die sich – soviel ist mit und ohne Joschka Fischers Reden über Deutschlands Verantwortung klar – heute vornehmlich um Weltordnungsfragen, also um Krieg, und zwar im globalen Maßstab, dem der USA. Die haben sich nämlich – nicht erst mit dem 11. September dazu entschlossen, einen dauerhaften Kampf gegen die ‚Feinde Amerikas‘ zu eröffnen. Dazu haben sie

Eine neue amerikanische Militärstrategie

erlassen, die Auskunft gibt über das Programm amerikanischer Weltpolitik, über seine Mittel – überlegene militärische Gewalt einschließlich einer neuen Atomwaffenstrategie –, seine Zwecke – das Monopol in Sachen Weltkontrolle –, die aktuellen und potentiellen Feinde und die neue Rolle, die den ‚Partner‘ Amerikas zugeordnet ist – keine mitbestimmende jedenfalls. Diese Herausforderung lässt Deutschland und Europa nicht ruhen. Wenn Amerika gewaltsames Weltordnen auf die Tagesordnung setzt, dann müssen ‚wir‘ militärisch dabei sein. Und sind es inzwischen auch an den verschiedenen Schauplätzen. Freilich in einer Art und Weise, die deutsche Politiker mit ihrer ‚gewachsenen internationalen Verantwortung‘ überhaupt nicht zufrieden stellt. In den Einsätzen der Bundeswehr und der nationalen Debatte schlagen sie sich prompt nieder, die

Drangsale des deutschen Militarismus

Ganz ins Recht gesetzt und zu neuen Ordnungstaten ermächtigt sieht sich dagegen ein anderer Staat: Israel. Seinem Anliegen nach einer Erledigung des ‚Palästinenserproblems‘ dient

Israels von den USA lizenziertes Antiterrorkrieg

Eine überlegene Staatsgewalt, die gründlich aufräumt mit konkurrierenden palästinensischen Ambitionen – das ist die israelische Lehre aus den jüdischen Opfer des Faschismus.

LEBENSGEFÄHRLICHE LEBENSMITTEL ...

Fortsetzung von Seite 1, Spalte 4 unten

stiftend ist: Sie dokumentiert ja nur die Normalität kapitalistischer Rücksichtslosigkeit in dieser Sphäre. Sie dokumentiert darüber hinaus die Rücksichten, die der Staat den Geschäftsleuten in dieser Sphäre zukommen lässt. Wenn sich nämlich die staatliche Kontrolle auf „zulässige Grenzwerte“ an Giften in Nahrungsmitteln richtet, ist ein darunter liegender Gebrauch von Giften damit gerade genehmigt. Wenn der Staat eine „durchschnittliche Belastung“ der Bevölkerung definiert, definiert er ein Maß erlaubter, also normaler Vergiftung – erst was darüber liegt, ist verboten. Der Staat geht also mit der regelmäßigen Vergiftung um; die Alternative, Gifte in Lebensmitteln überhaupt und ohne jede Ausnahme zu verbieten, kommt schlicht und ergreifend deswegen nicht in Betracht, weil damit allzu viel Geschäften der Hahn abgedreht würde. Worin besteht dann der „Schutz des Verbrauchers“? In der Herstellung eines verträglichen Maßes an Vergiftung:

Und dazu bekennen sich auch Linke hierzu-lande, wie die Schreiber von ‚konkret‘, für die sich die ganze Welt von Imperialismus und Ausbeutung auf ein einziges moralisches Gebot für eine gar nicht existente bundesrepublikanische Restlinke zusammenzieht: Keine Kritik an Israel!

„Konkret im Krieg“

Auch dort, wo eine ‚zu spät gekommene‘ Nation sich endgültig in den Weltmarkt mit seinen Institutionen einordnet, steht anderes und mehr zur Debatte als die Beförderung friedlichen Handels: Der Wille zum Umsturz bestehender Weltmarkt- und Machtverhältnisse auf der einen, das Interesse an deren Zementierung und Ausbau auf der anderen Seite. Also handelt es sich schon wieder um einen gewichtigen Fall globaler Konkurrenz bei

Chinas Beitritt zur WTO – Noch ein ‚großer Sprung nach vorn‘.

Was die Konkurrenz der Kapitale angeht, so machen Unternehmer wie Politiker keinen Hohl daraus, dass ‚Modernisierung‘, ‚Beschäftigungsförderung‘, Standortsicherung gleichbedeutend ist mit der rücksichtslosen Durchsetzung von immer neuen Standards von ‚Rentabilität‘ des Geschäfts. Erfolgreiche Unternehmen befördern mit ihren ‚modernen Unternehmensstrategien‘ von ‚lean management‘, ‚just in time‘- und anderen Fortschritten betrieblicher Organisation systematisch die Methoden kapitalistischer Ausbeutung:

Rationalisierung und Lohn 2002

Mit entsprechenden Anforderungen an ihr lebendiges Betriebsinventar betreiben Unternehmen systematische Ertragsteigerung, so dass modernes Fabrikmanagement zusammenfällt mit lauter Eingriffen in und Angriffen auf die bisherigen Arbeits- und Lohnverhältnisse:

Standortsicherung beim Autobauer Opel

Den Ergebnissen erfolgreicher Rationalisierungs-offensiven und von Konkurrenzsiegen wie Niederlagen – dem Arbeitslosenheer – widmet sich dann die staatliche Politik mit dem selbstkritischen Standpunkt, sie habe mit ihrer Bundesanstalt den Arbeitslosen eine Einrichtung in ihrem Arbeitslosendasein ermöglicht und damit einen ordentlich funktionierenden Arbeitsmarkt verhindert. Die Konsequenzen für die sozialstaatlich Betreuten Fälle und die gesamte Arbeiterklasse können sich sehen lassen:

Marktkonforme Arbeitsmarktpolitik – Vermitteln statt verwalten!

Im Buchhandel erhältlich:
Ex Libris, Bismarckstr. 9, 91054 Erlangen
Bahnhofspl. 9, 90459 Nürnberg,
Die Bücherkiste, Schlehngasse 12,
90402 Nürnberg
Hugendubel, Ludwigspl. 1, 90403 Nürnberg
Rüssel, Frankenzentrum, Glogauerstr. 38,
90473 Nürnberg
Bestellungen beim GEGENSTANDSPUNKT-Verlag, Türkenstr. 57, 80799 München
Tel.: 089/272 16 04; Fax: 089/272 16 05
Email: gegenstandspunkt@t-online.de
Internet: www.gegenstandspunkt.com

Irgendwie sollen die Leute von den Lebensmitteln ja noch leben können und nicht wie die Fliegen wegsterben – ironisch ausgedrückt: Den „Verbraucher“, an den die kapitalistischen Nahrungsmittelproduzenten verkaufen können, soll es weiterhin geben. Das ist schon witzig: Einerseits untergräbt die staatlich geschützte und geförderte Profitproduktion systematisch die Gesundheit der Bevölkerung; weil diese Bevölkerung aber gleichzeitig gebraucht wird für diese Profitproduktion und für den Staat selbst, muss der Staat sie vor dem in Schutz nehmen, was er als Grundlage und Zentrum seiner ganzen Gesellschaft garantiert und fördert. Dieser zum System gehörige Widerspruch, den der niedersächsische Staatssekretär mit seiner Gegenüberstellung von „detailliertem EU-Katalog“ und „endlosem Laborkauf“ ausdrückt, lässt sich nie aus der Welt schaffen, will aber ideologisch gehandhabt sein. Und zwar nach einem einfachen Grundsatz: All das, was da ständig passiert, ist niemals die Regel, sondern immer nur die Ausnahme. Hören wir, welche „schlechte Nachricht“ Frau Künast, nach dem Suchen und Finden, auf Lager hat: „Die schlechte Nachricht: Wenn wir etwas gefunden haben, müssen wir die Einzelfälle klären und die schwarzen Schafe aus dem Verkehr ziehen.“

Kaum sind die Behörden beim Kontrollieren mal wieder fündig geworden, erlässt die Verbraucherschutzministerin die passende Sprachregelung: „Einzelfälle“ und „schwarze Schafe“ sind da am Werk gewesen. Das beweist umgekehrt die Güte des Gesamtsystems. Dem kann man sich nur mit „krimineller Energie“ entziehen – und wenn die abgestraft worden ist, ist das System auch wieder in Ordnung. So hätte es Frau Künast gerne, aber die demokratische Debatte steuert aufs Zentrum zu – nein, nicht die kapitalistische Nahrungsmittelproduktion, sondern –, auf den Kopf der Ministerin. Muss der rollen oder nicht? Hat sie – was schließlich der eigentliche „Skandal“ sein soll – zu verantworten, dass die Information über die neueste Vergiftung erst nach 6 Wochen herausgegeben wurde? Insbesondere wo die Ministerin sich für „Öko“ stark gemacht und den „Kampf gegen die alten Strukturen“ aufgenommen hatte – und die „neuen Strukturen“ haben sich ja nun ein wenig blamiert. Zu der wirklich nicht schwierigen Einsicht, dass der Kapitalismus auch mit einem drangehängten „Öko“ weiterhin sehr gesetzmäßig funktioniert, also mitunter zu lebensgefährlichen Produkten führt, will sich freilich keiner versteigen. Vielmehr spitzt sich alles auf die Frage zu, ob die Regierung nicht mit ihrer „Agrarwende gescheitert“ ist und ob sie der „konventionellen Landwirtschaft“ nicht zu viel Böses nachgesagt hat – und damit ist die Debatte endgültig da gelandet, wo sie in der Demokratie hingehört: in der Konkurrenz der Parteien.

Und der geschätzte und geschützte Verbraucher? – Der befleißigt sich unterdessen einer gewissen realistischen Resignation. Einerseits ist durch das Nitrofen in Bio-Hühnern die konventionelle Landwirtschaft wieder ein Stück weit rehabilitiert. Deren Produkte kann man jetzt also auch wieder beruhigt kaufen, sind sie doch bestenfalls genau so giftig wie die ökologisch hergestellten, vielleicht sogar weniger. Hierzu ein Backwarenverkäufer zur Münchner ABENDZEITUNG:

„Ich lasse mich doch nicht für blöd verkaufen und biete ganz bewusst keine Bioprodukte an. Es gibt so viele Spritzmittel, die nicht nachgewiesen werden können. Deshalb (!) sind mir konventionell angebaute und kontrollierte Produkte lieber.“

Andererseits kann man ja wegen des Gifts im Essen selbiges nicht einstellen. Man muss also seine Verantwortung als Verbraucher wahrnehmen, das Richtige für sich herausfinden und dabei vor allem den „giftigen“ Gedanken an die Krankheitsursache Kapitalismus vermeiden.

Radio Lora vom 03.06.02
Die Redaktion des GegenStandpunkt-Verlags kommentiert regelmäßig aktuelle politische Ereignisse in Radio Lora, München. Die wöchentlichen Analysen können unter folgender Adresse nachgelesen werden:
<http://home.link-m.de/lora/gegenstp/index.htm>

Lesetipp:
BSE: Futtermittelversorgung im Kapitalismus – Von den Risiken und den Heilkräften des Marktes. in: GegenStandpunkt 1-01, S. 129 ff.

Bürgerliche Bildung – was ist das eigentlich?

Die bürgerliche Gesellschaft verfügt über einen nicht unbeträchtlichen Wissenskanon; und dass es im „Zeitalter der Wissenschaft“ ungeheuer aufs Lernen *ankommt*, will noch jeder unserem modernen Staatswesen als Gütesiegel anhängen. Dabei ist unübersehbar, dass die Ausbildungsinstitutionen nicht den gebildeten Verstand des Volkes und seine vernünftige Betätigung zum Gegenstand und Zweck haben, sondern beim Vermitteln von Kenntnissen sehr selektiv verfahren: jeder wird aufs Lernen *müssen* verpflichtet; was einer lernen *darf*, entscheidet sich im *Vergleich* des *Lernerfolgs* in der *Zeit*. Auf diese Weise erzeugt die Ausbildung den nötigen Wissensdurst und garantiert zugleich das Wissen, das die Gesellschaft braucht – ohne die Köpfe der heranwachsenden Staatsbürger mehr als unbedingt nötig mit diesem Wissen zu befrachten und ohne die Leute dadurch von nützlichen Arbeitsdiensten abzuhalten oder gar durch zu viel geistige Freiheit auf falsches Anspruchsdenken zu bringen. Deswegen soll man unter dem hohen Gut Bildung ja auch gar nicht den schlichten Umstand der Vermittlung von allem wissenswerten Zeug an jeden, der es wissen will, verstehen; dies gilt hierzulande schon deshalb als weltfremder Idealismus, weil niemand daran ein Interesse hat. „Bildung“ heißt, der Sache nach betrachtet, soviel:

Es wird laufend in speziellen Institutionen, in gewissen Köpfen Wissen entwickelt, in Spezialbüchern niedergelegt und von den Verantwortlichen seiner Nutzung zugeführt. Unübersehbar kommt mit Hilfe der Kopfarbeiter, die von wirklicher Arbeit befreit sind, der gesellschaftliche Fortschritt voran, der sich der Wissenschaft bedient, damit aber auch der Gegensatz, dem sie dient: Die Rheinverseuchung haben sie genauso im Griff wie die Eindämmung von Volksseuchen, Atomkraftrisiken lassen sich genauso kalkulieren wie die durchschnittlich machbaren Höchstleistungen an einem menschengerecht eingerichteten Arbeitsplatz. Naturwissenschaftler rechnen in die Beherrschung der Natur auch gleich die profitabelsten Verfahren und den rentabelsten Arbeitseinsatz an jeder Betriebsanlage mit ein. Techniker und Professoren erfinden der Politik ihre unverzichtbaren Gewaltmittel. Professionelle Sinndeuter liefern die entsprechenden Argumente für die beste aller möglichen Welten und viele gut gemeinte Ratschläge hinterdrein und kümmern sich darum, dass die Lehren dem Volk öffentlich unterbreitet und schulstufengerecht vermittelt werden. Das alles klappt, weil Wissenschaft zum gehobenen Staatsdienst und zu den besseren Betriebsposten gehört, also ein prächtiges Ausbildungs- und Karriereziel für die entsprechende Minderheit liefert. Mit jeder neuen Maschine, mit Taschenrechnern und Mikroprozessoren, Robotern und arbeitswissenschaftlich durchorganisierten Produktionsbändern nimmt andererseits für die meisten Gesellschaftsmitglieder die Notwendigkeit von Wissen ab und damit der Zwang zu, ziemlich unspezifisch zuzulangen. Dem wachsenden Spezialistentum in Sachen technische Revolutionierung und Betriebsplanung steht das Sammelsurium der geistlosen, schlecht bezahlten Tätigkeiten gegenüber, die Mobilität zu einer reinen Willensfrage machen. Für genügend Anwärter mit entsprechend wenig Kenntnissen hat auch hier die Schulbildung vorgesorgt. So, nämlich negativ, bewahrt sich laufend der Satz, dass etwas ist, wer etwas kann. Vom gesellschaftlichen Geist bekommen die Massen dennoch alles Nötige mit.

Erstens dürfen sie – nicht nur am Arbeitsplatz – mit den vielen Dingen umgehen, die fortschrittsorientierte Unternehmer nach streng wissenschaftlichen Methoden produzieren –, d.h. wenn sie das Geld haben, um sie sich zu kaufen. Sonst gibt es da keine Klassenschranken. Hausfrauen fahren Diesel, Kinder kommandieren Computerprogramme, Eltern schalten Fernseher an – und keiner, nicht einmal der Reparatur, braucht zu wissen, wie das alles funktioniert; höchstens was es kostet.

Zweitens bekommt jeder nahezu kostenlos eine passende Persönlichkeitsbildung und täglichen Dauerunterricht in moralischen Kernsätzen, mit denen man Rechte und Pflichten einzuschätzen und alles in eine Lebenslage zu verwandeln weiß, an der man sich nach Kräften und eigenem Können zu bewahren hat. Dank

dieser Allgemeinbildung weiß jeder, dass es schlaue Köpfe gibt, die was erfinden, kluge, die regieren, und dümmere, bei denen es seine Ordnung hat, wenn sie es nicht so weit gebracht haben.

Drittens blüht neben den paar Geboten der Staatsbürgermoral in einem aufgeklärten Volk das Unwissen und so ziemlich jeder Unsinn, der den Verhältnissen Schicksalskraft und den eigenen Anstrengungen höhere Bedeutung verleiht. Bei Horoskop und Kartenlesen, Wundermitteln und manchem Unerklärlichen, aber auch im Katechismus des institutionalisierten Aberglaubens kennt sich jeder irgendwie aus, und all das erfreut sich reger öffentlicher Betreuung.

Viertens bewährt sich das Aufgeklärte im Glauben ans Wissen, das andere unbefragt repräsentieren. Auf Autoritäten kann man hören, wenn die Verantwortlichen sagen, dass es welche sind. Von denen lässt man sich bestätigen, worauf es ankommt. So werden die Massen im Namen des Wissens verdimmt und bei Staatslaune gehalten, damit sie sich auf die gesellschaftlichen Fortschritte einstellen, die mit Hilfe der Wissenschaft zustande gebracht werden.

Wissen und Bildung gibt es schon im Kapitalismus. Er beruht schließlich auf ihrer Anwendung. Die sieht so aus, dass den Massen Wissen erspart bleibt, Arbeit aber nicht. Die verantwortliche Minderheit braucht weder zu arbeiten, noch etwas zu wissen, weil sie ganz ohne eigenes Zutun aus den Erträgen der Wissenschaft einen Selbstbedienungsladen gemacht hat. So leidet die arbeitende Klasse weniger daran, dass ihr die Bildung vorenthalten wird, als an ihrer Ausbeutung. Gegen die allgemeine Volksverbildung hilft deswegen auch keine Volksbildung. Umgekehrt: Die gehört zu den Gratisgaben einer gelungenen Revolution.

ANTIFASCHISTISCHER WAHLKAMPF

Fortsetzung von Seite 1, Spalte 4 Mitte

gen hat sich aber noch niemand bei einem hierzulande siedelnden Tamilen oder beim Ministerpräsidenten der Türkei entschuldigen müssen. Rassismus ist also in der demokratischen Debatte durchaus beliebt und anerkannt – bloß eben bis dato nicht der *gegen* Juden.

4.

Daraufhin bricht die „Antisemitismus-Debatte“ in Deutschland auf allen Kanälen los. Man gewinnt fast den Eindruck, als stünde demnächst eine faschistische Machtergreifung inkl. Judenverfolgung ins Haus. Der Zentralratsvorsitzende Paul Spiegel fordert gar einen „Aufstand der Demokraten“. Namentlich im Feuilleton wird für den richtigen moralischen Zunder gesorgt und täglich die vernichtendsten Zustandsmeldungen über die Bewusstseinslage des deutschen Volkskörpers hinausposaunt. In zahlreichen Deutschen soll durch Müllemann der Antisemitismus geweckt werden können, der immer in ihnen *schlummert*. Das also ist das Ergebnis von einem halben Jahrhundert antifaschistischer Erziehung in Deutschland: auf ein Drittel bis ein Viertel schätzen Sozialwissenschaftler je nach Messmethode den Anteil antisemitischer „Schläfer“ unter den Deutschen, jederzeit bereit, sich von neuen Führern auf alte oder neue Volksschädlinge hetzen zu lassen! Kein Wunder bei dem Erziehungsprogramm, das Müllemann für nicht mehr passend zum heutigen Deutschland hält: Die demokratischen Führer haben eben 50 Jahre lang Sprachregelungen, Ge- und Verbote erlassen, an wen bei der Unterscheidung von Freund und Feind zu denken sei und an wen nicht (mehr). Denn den Nationalismus, der für Deutschland Partei ergreift und von hier aus nach Leuten Ausschau hält und sich von den Verantwortlichen zeigen lässt, die dem Gelingen der nationalen Sache im Wege stehen, wollen sie nicht kritisieren, sondern zum Regieren *benutzen*.

Gehen die Herren Friedman und Spiegel jetzt gemeinsam mit führenden Politikern der C-Parteien, der SPD und der Grünen plus den letzten aufrechten Alt-Liberalen in den antifaschistischen Widerstand oder bereiten das Exil vor, weil Müllemann einem neuen Faschismus den Weg bereitet? – Natürlich nicht, aber sie tönen so. Sie bescheren der demokratischen

Die SG veranstaltet regelmäßig einen Diskussionstermin alle 14 Tage mittwochs, 20.00 Uhr. Näheres unter www.sozialistischegruppe.de

Marktwirtschaft und technischer Fortschritt

1. Für Fans der Marktwirtschaft fällt das praktisch zusammen. Nach dem Motto: ohne Marktwirtschaft nix technischer Fortschritt. Denn in der Marktwirtschaft herrscht das angeblich so fruchtbare Prinzip der Konkurrenz, das die Unternehmen zur ständigen technischen Erneuerung ihrer Produktionsanlagen zwingt. Wer da nicht mithalten kann, geht pleite. Und mithalten allein genügt noch nicht einmal; was heute Standard ist, ist morgen „veraltet“, sobald ein Konkurrent mittels neuer Maschinerie billiger produziert. Geboten ist deshalb: Selbst neue Standards setzen – und so nur kommt der technische Fortschritt voran. Wirklich?

- Gibt es nicht vielleicht auch andere Gründe für das Interesse an technischen Neuerungen als nur den Zwang, sich gegen andere durchsetzen zu müssen, um eigenen Schaden zu vermeiden?
- Und soll man wirklich glauben, dass technischer Fortschritt notwendigerweise mit der permanenten Verschleuderung und Vernichtung gesellschaftlicher Ressourcen (Arbeit und Material) einhergehen muss? Klar, in der Marktwirtschaft ist das so, dass relativ neue, „moderne“ Maschinen „veralten“ und zu Schrott erklärt werden, nur weil anderswo eine neue Technik eingeführt wird. Aber soll man dies deshalb gleich für ein Gebot des technischen Fortschritts halten?

2. Was das angeblich so gelungene Verhältnis von Marktwirtschaft und technischem Fortschritt angeht, könnten einem auch die Ergebnisse des marktwirtschaftlich bewerkstelligten technischen Fortschritts zu denken geben.

- Warum gibt es da immer – und bekanntlich nicht wenige – „Opfer des Fortschritts“, wo doch gerade ein Fortschritt gemacht worden ist? Warum schlägt sich für die Arbeiter die Steigerung der Produktivität der Arbeit mittels neuer Maschinerie, der Umstand also, dass mit weniger Arbeit mehr nützliche Gegenstände herzustellen sind, nicht in einer Verbesserung ihres Lebens nieder? Warum müssen stattdessen diejenigen, die noch Arbeit haben, (häufig für weniger Lohn) mehr arbeiten als vorher, während der nicht unbeträchtliche andere Teil schauen kann, wie er ganz ohne Lohn über die Runden kommt? Liegt das einfach in der Logik der Steigerung der Produktivität der Arbeit? Oder doch eher in dem marktwirtschaftlichen Zweck, für den sie veranstaltet wird?

- Oder: Warum gehen in der Marktwirtschaft gewisse „Risiken“ mit dem technischen Fortschritt einher? Etwa in der Landwirtschaft, die mit ihrem technischen Fortschritt den Verzehr ihrer Produkte mittlerweile zu einem echten Abenteuer gemacht hat? Ist das wirklich unvermeidlich, wenn man auf den technischen Fortschritt nicht verzichten will, weil der nun einmal eine ambivalente Sache ist, bei der Fluch und Segen ganz nahe beieinander liegen?

3. Wer das partout glauben will, soll's weiter tun. Für all diejenigen, die es leid sind, dass alle Zumutungen, die einem diese Gesellschaft mit *ihrem* technischen Fortschritt aufhals, als Probleme *des* technischen Fortschritts legitimiert werden, die also wissen wollen, was es mit der Marktwirtschaft und dem von ihr bewerkstelligten technischen Fortschritt und der Rolle der Wissenschaft dabei auf sich hat, gibt's Gelegenheit zur

Diskussion

am Mittwoch, 17. Juli 2002 um 20.00 Uhr

im Gebäude des Sprecherrats, Turnstr. 7 (1. OG), Erlangen

als deutscher Patriot ständig mit der deutschen Vergangenheit belämmert zu werden:

„Kein ernst zu nehmender Mensch leugnet *Auschwitz*; ... wenn mir aber jeden Tag in den Medien diese Vergangenheit vorgehalten wird, merke ich, dass sich in mir etwas gegen diese Dauerrepräsentation unserer Schande wehrt.“

Ein deutscher Kulturschaffender wie Walser sieht einfach nicht mehr ein, warum er sich wg. „Auschwitz“ als *Deutscher* immer noch die Schuld daran reinreiben lassen soll. Weil Walser als *Dichter* qua Profession dafür zuständig ist, sein Innenleben nach außen zu kehren, und das ihm von seinem Lesepublikum auch immer als mehr oder weniger geglückter Ausdruck *deutscher* Befindlichkeit gewürdigt wird, drückt er seinen Nationalismus als sein *Gefühl* aus. Dieses bescheuerte Gefühl, sich wegen seiner Zugehörigkeit zur deutschen Nation als etwas ganz Besonderes vorzukommen, will er sich nicht länger mies machen lassen. Er leidet höchstpersönlich an der umständlichen Art, dass man in Deutschland nur dann Stolz auf seine Nation empfinden darf, wenn man sich zunächst zur Schuld des Vorgängerstaats bekennt. Seitdem werden Walsers Romane mit anti-antisemitisch-kritischem Blick verfolgt, ob sich an ihnen der Verdacht festmachen lässt, Walser verstoße erneut gegen das große deutsche Antisemitismus-Tabu, und prompt werden die Tabu-Hüter bei seinem neuesten Roman fündig, der ein ganz anderes Anliegen verfolgt: Walser ärgert sich nämlich seit geraumer Zeit über schlechte Rezensionen seiner Elaborate seitens eines „einflussreichen“ Kritikers in der FAZ, der zufällig auch noch Jude ist. Also will Walser seiner Eitelkeit als deutscher Poet frönen und schreibt einen Roman, in dem er Marcel Reich-Ranicki karikiert, und gerät – ausgerechnet mit seiner kleinen Privatrage – mitten hinein in die von Müllemann losgetretene Antisemitismus-Debatte: Die FAZ weigert sich, einen Vorabdruck des Romans zu veröffentlichen, der durch den literarischen Kakao gezogene Reich-Ranicki schlägt streng fachmännisch zurück und spricht sich für die Veröffentlichung des Buchs aus, das er aber im übrigen für schlechte Literatur hält, und der Suhrkamp-Verlag ziert sich pressewirksam ein bisschen mit der Veröffentlichung, um das unverhoffte Glück dieses speziellen Kaufanreizes für das Buch auszunutzen. So geht antifaschistischer Kampf heute.

5.

Den Vogel schießt wie immer die Kulturfront ab: Martin Walser ist spätestens seit seiner Friedenspreisrede 1998 in der Frankfurter Paulskirche bekannt als einer, dem es stinkt,